

Maßnahmen gegen Übergewicht und Adipositas in der Bevölkerung

Datenbasis:	1.051 Befragte ab 18 Jahren
Erhebungszeitraum:	29. April bis 4. Mai 2015
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	DAK-Gesundheit

Die Befragten wurden gebeten, verschiedene Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, dass weniger Menschen übergewichtig oder adipös werden, hinsichtlich ihrer Eignung zu bewerten.

Als geeignete Maßnahme stufen die Befragten am häufigsten eine Ampelkennzeichnung auf Lebensmittelverpackungen ein (85 %), die leicht verständlich den Gehalt an gesundheitsrelevanten Nährstoffen signalisieren soll. Auch ein Werbeverbot für so genannte Kinderlebensmittel, also Lebensmittel, die durch ihre Aufmachung oder bestimmte Beigaben gezielt Kinder ansprechen sollen, schätzt eine Mehrheit (65 %) als geeignet ein. Hingegen wird eine volle Besteuerung von Süßwaren („Zuckersteuer“) nur von einer Minderheit (30 %) als geeignete Maßnahme im Kampf gegen Übergewicht und Adipositas bewertet.

Leichte Unterschiede bei der Einschätzung der Eignung eines Werbeverbots für so genannte Kinderlebensmittel zeigen sich bei Aufschlüsselung nach dem Alter der Befragten. Während Ältere diese Maßnahme überwiegend als effektiv einstufen, meint dies von den unter 30-Jährigen nur knapp die Hälfte.

- Eignung verschiedener Maßnahmen im Kampf gegen Übergewicht und Adipositas

Folgende Maßnahmen stufen als sehr geeignet/ geeignet ein, um das Ziel zu erreichen, dass weniger Menschen hierzulande übergewichtig oder fettleibig werden

	Ampel- kennzeichnung %	Werbeverbot für „Kinderlebensmittel“ %	volle Besteuerung von Süßwaren %
insgesamt:	85	65	30
Bayern	81	64	24
Baden-Württemberg	84	60	31
Südwest	85	64	35
Nord	90	70	30
Nordrhein-Westfalen	88	65	29
Ost	84	63	32
Männer	84	64	32
Frauen	87	65	28
18- bis 29-Jährige	84	49	31
30- bis 44-Jährige	87	63	23
45- bis 59-Jährige	87	66	29
60 Jahre und älter	83	73	35
Hauptschule	86	63	24
mittlerer Abschluss	85	66	30
Abitur, Studium	85	65	37

Gespalten zeigen sich die Befragten in der Frage, ob es zu den Aufgaben der Politik gehört, sich um die Ernährungsgewohnheiten der Bürger zu kümmern oder ob Essen nicht vielmehr Privatangelegenheit jedes Einzelnen ist.

49 Prozent sind der Meinung, dass es zu den Aufgaben der Politik gehört, sich um die Ernährungsgewohnheiten der Bürger zu kümmern. Dieser Ansicht sind vor allem die unter 30-Jährigen und die formal höher Gebildeten.

43 Prozent finden, dass sich die Politik aus diesem Bereich heraushalten sollte.

▪ **Gehören die Ernährungsgewohnheiten der Bürger zu den Aufgaben der Politik?**

	Es sind der Meinung, dass die Ernährungsgewohnheiten der Bürger zu den Aufgaben der Politik gehören	
	ja	nein, die Politik sollte sich aus *) diesem Bereich heraushalten
	%	%
insgesamt:	49	43
Bayern	42	51
Baden-Württemberg	49	44
Südwest	51	43
Nord	61	33
Nordrhein-Westfalen	46	46
Ost	48	42
Männer	52	42
Frauen	47	44
18- bis 29-Jährige	57	36
30- bis 44-Jährige	46	46
45- bis 59-Jährige	47	43
60 Jahre und älter	48	46
Hauptschule	36	56
mittlerer Abschluss	49	45
Abitur, Studium	63	30

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“